



B9-0150/2024

26.2.2024

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 132 Absatz 2 der Geschäftsordnung

zu der Ermordung von Alexei Nawalny und der Notwendigkeit von EU-Maßnahmen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und der unterdrückten Zivilgesellschaft in Russland
(2024/2579(RSP))

Bernard Guetta, Petras Auštrevičius, Malik Azmani, José Ramón Bauzá Díaz, Fabio Massimo Castaldo, Vlad Gheorghe, Michael Kauch, Karin Karlsbro, Ilhan Kyuchyuk, Nathalie Loiseau, Jozef Mihál, Jan-Christoph Oetjen, Urmas Paet, Dragoş Pîslaru, María Soraya Rodríguez Ramos, Frédérique Ries, Ramona Strugariu, Dragoş Tudorache, Hilde Vautmans, Guy Verhofstadt
im Namen der Renew-Fraktion

B9-0150/2024

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Ermordung von Alexei Nawalny und der Notwendigkeit von EU-Maßnahmen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und der unterdrückten Zivilgesellschaft in Russland (2024/2579(RSP))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Russland, insbesondere in Bezug auf Alexei Nawalny und die Menschenrechtslage in dem Land,
 - unter Hinweis auf die Erklärung der Konferenz der Präsidenten vom 21. Februar 2024 zum Tod von Alexei Nawalny,
 - unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung der Präsidentin der Kommission und des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 16. Februar 2024 zum Tod von Alexei Nawalny,
 - unter Hinweis auf die Erklärung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik im Namen der Europäischen Union vom 19. Februar 2024 zum Tod von Alexei Nawalny,
 - unter Hinweis auf die Erklärung der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in der Russischen Föderation, Mariana Kazarowa, vom 22. Februar 2024,
 - unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention,
 - unter Hinweis auf die von den Vorsitzenden der Fraktionen EVP, S&D, Renew Europe und Die Linke des Europäischen Parlaments gemeinsam unterzeichnete Stellungnahme mit dem Titel „Setzen wir uns dafür ein, dass das Ende der Ost-West-Konfrontation der Beginn einer neuen Ära der Demokratie und des Wohlstands ist“, die am 4. April 2022 in „Le Monde“ veröffentlicht wurde,
 - gestützt auf Artikel 132 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass Alexei Nawalny, ein bedeutender russischer Oppositioneller und Träger des Sacharow-Preises 2021, Berichten zufolge am 16. Februar 2024 in einer sibirischen Strafkolonie getötet wurde, während er eine ungerechtfertigte Haftstrafe verbüßte; in der Erwägung, dass die Ermordung von Alexei Nawalny ein weiteres Zeichen für die zunehmende und systematische Unterdrückung in Russland ist;
- B. in der Erwägung, dass Alexei Nawalny durch seine Tätigkeit die illegalen Machenschaften und die Korruption im Herzen des Putin-Regimes offengelegt hat;
- C. in der Erwägung, dass Alexei Nawalny im August 2020 vom Kreml-Regime mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok vergiftet wurde; in der Erwägung, dass er nach seiner mutigen Rückkehr nach Russland seit dem 17. Januar 2021 inhaftiert war;

- D. in der Erwägung, dass Alexei Nawalny seit seiner Festnahme eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen erleiden musste, darunter Misshandlungen, Folter, willkürliche Bestrafung und psychologischer Druck, was die systematischen Herausforderungen verdeutlicht, mit denen diejenigen konfrontiert sind, die sich dem russischen Regime widersetzen;
- E. in der Erwägung, dass sich die Gesundheit von Alexei Nawalny aufgrund von Misshandlung und mangelnder medizinischer Versorgung verschlechtert hatte;
- F. in der Erwägung, dass Alexei Nawalny sein unerschütterliches Eintreten gegen Korruption und für ein demokratischeres Russland selbst unter unmenschlichen Haftbedingungen fortgesetzt hat, was sein Engagement für die Grundsätze der Demokratie und der Gerechtigkeit noch mehr verdeutlicht;
- G. in der Erwägung, dass seine Anwälte schikaniert werden und dass sich drei von ihnen seit Oktober 2023 in Untersuchungshaft befinden;
- H. in der Erwägung, dass die EU den Giftanschlag auf ihn und alle politisch motivierten Urteile, die wegen seiner legitimen politischen Aktivitäten und seinem Eintreten gegen Korruption gegen ihn gefällt wurden, wiederholt verurteilt und seine sofortige und bedingungslose Freilassung gefordert hat;
- I. in der Erwägung, dass russische Bürger im ganzen Land und im Ausland dem verstorbenen Alexei Nawalny öffentlich gedacht haben; in der Erwägung, dass in ganz Russland Hunderte von Menschen bei Kundgebungen zum Gedenken an Alexei Nawalny festgenommen wurden und dass Berichten zufolge einige der verhafteten Männer anschließend zum Militär eingezogen wurden; in der Erwägung, dass der Botschafter der Europäischen Union in Russland, Roland Galharague, und viele seiner Amtskollegen aus den Mitgliedstaaten, dem Vereinigten Königreich und den USA zu denjenigen gehörten, die Alexei Nawalny am Solowezki-Stein in Moskau, dem Gedenkstein für die Opfer der politischen Repressionen in der Sowjetunion, geehrt haben;
- J. in der Erwägung, dass die russischen Staatsorgane seit der Wiederaufnahme des Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ihre Unterdrückung der politischen Opposition, der Medien und der Zivilgesellschaft verschärft haben;
- K. in der Erwägung, dass Kandidaten, die gegen den Krieg sind, daran gehindert wurden, an der bevorstehenden Präsidentschaftswahl 2024 in Russland teilzunehmen;
- L. in der Erwägung, dass Wladimir Putin, gegen den der Internationale Strafgerichtshof im März 2023 einen Haftbefehl im Zusammenhang mit der rechtswidrigen Deportation und Überstellung ukrainischer Kinder erlassen hat, zum Präsidenten der Russischen Föderation „wiedergewählt“ werden will;
- M. in der Erwägung, dass unabhängige Kriegsberichte und Proteste gegen den Krieg in Russland gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt worden sind; in der Erwägung, dass laut Amnesty International im Jahr 2022 mehr als 21 000 Menschen, die sich gegen den Krieg engagiert haben, in Russland schweren Repressalien ausgesetzt waren;

- N. in der Erwägung, dass in jüngster Zeit zahlreiche Journalisten in Russland verhaftet wurden, weil sie über Demonstrationen von Ehefrauen, Müttern, Schwestern und Kindern russischer Männer berichteten, die für den Kampf gegen die Ukraine eingezogen wurden;
- O. in der Erwägung, dass es deutliche Anzeichen dafür gibt, dass ein erheblicher Teil der russischen Bevölkerung die neuen Bemühungen, mehr russische Männer für den Kampf gegen die Ukraine zu rekrutieren, nicht unterstützt, sondern will, dass das Putin-Regime den Krieg beendet; in der Erwägung, dass das russische Volk nicht mit dem kriegslüsternden, autokratischen und kleptokratischen Kreml-Regime verwechselt werden darf;
- P. in der Erwägung, dass die Menschenrechtsgruppe Memorial mehr als 600 Personen als politische Gefangene in Russland eingestuft hat;
- Q. in der Erwägung, dass die drakonische Beschneidung der Menschenrechte durch das Putin-Regime in Russland einen klaren Verstoß gegen die eigene Verfassung und den Rechtsrahmen des Landes sowie einen Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Russlands darstellt;
1. verurteilt den Mord an Alexei Nawalny mit großer Anteilnahme aufs Schärfste und betont, dass die volle Verantwortung für diesen politischen Mord beim russischen Staat und seinem Präsidenten Wladimir Putin liegt;
 2. spricht Julia Nawalnaja, ihren Kindern und ihrer gesamten Familie sein aufrichtiges Beileid aus und bekundet gleichzeitig Solidarität mit ihnen und allen anderen mutigen russischen Bürgern, die trotz weit verbreiteter Unterdrückung und schwerwiegender persönlicher Konsequenzen weiterhin den Mut finden, die Wahrheit zu sagen, sich gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu wenden und die menschlichen Werte hochzuhalten;
 3. würdigt mit großer Anteilnahme das Leben, das Engagement gegen Korruption und für demokratische Verhältnisse und das bleibende Vermächtnis von Alexei Nawalny, das insgesamt als ein wichtiges Fanal für den Kampf gegen das repressive Putin-Regime dient;
 4. fordert die russischen Staatsorgane nachdrücklich auf, der Familie von Alexei Nawalny zu gestatten, entsprechend ihren Wünschen ein angemessenes Begräbnis zu organisieren;
 5. fordert eine sofortige, gründliche, internationale und unabhängige Untersuchung der genauen Umstände des Todes von Alexei Nawalny; betont, dass dabei Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit unabdingbar sind; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, eine führende Rolle bei der Koordinierung und aktiven Unterstützung dieser Untersuchung zu übernehmen;
 6. bedauert und verurteilt die Desinformationskampagnen der vom Kreml kontrollierten Medien, mit denen man versucht hat und weiter versucht, das Vermächtnis und die Würde von Alexei Nawalny sowohl vor als auch nach seinem Tod sowie die seiner Frau, seiner Familie und seiner engen Mitarbeiter in den Schmutz zu ziehen;

7. bekundet seine Unterstützung für die russischen Bürger, die des verstobenen Alexei Nawalny öffentlich gedacht haben, und zeigt sich solidarisch mit der unabhängigen Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition in Russland; fordert die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen;
8. fordert den Rat nachdrücklich auf, weitere harte Sanktionen, auch im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte (Magnitski-Rechtsakt der EU), gegen alle Personen zu verhängen, die an der Verfolgung und dem Tod von Alexei Nawalny beteiligt waren, darunter politische Entscheidungsträger, Geheimdienstoffiziere, Ermittler, Staatsanwälte, Richter, Gefängnisdirektoren und andere hochrangige Strafvollzugsbeamte;
9. fordert den Rat nachdrücklich auf, restriktive Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die für die willkürliche Festnahme und Inhaftierung von Wladimir Kara-Mursa, Ilja Jaschin, Lilia Tschanyschewa, Xenia Fadejewa, Alexei Gorinow, Juri Dmitrijew, Alexandra Skotschilenko, Michail Afanasiew, Iwan Safronow und anderen Personen, die wegen ihrer Assoziierung mit Alexei Nawalny oder ihrer Ablehnung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine strafrechtlich verfolgt wurden, sowie der Journalisten Jewan Gerschkowitsch und Alsu Kurmaschewa verantwortlich sind;
10. brandmarkt die immer weiter zunehmenden Menschenrechtsverletzungen durch das russische Regime und verurteilt das anhaltend harte Vorgehen gegen Regierungskritiker, Menschenrechtsverteidiger, Kriegsgegner, unabhängige Journalisten und Verfechter der Rechte von LGBTIQ; fordert den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen auf, in Fällen der unmenschlichen Inhaftierung, Folter und Ermordung politischer Gegner umgehend Untersuchungen durchzuführen;
11. betont, dass die Ermordung von Alexei Nawalny eine deutliche Mahnung an uns ist, sich dringend mit der repressiven Politik des Putin-Regimes auseinanderzusetzen und entschieden gegen solche Taten vorzugehen;
12. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, weiterhin ihre uneingeschränkte Solidarität mit der unabhängigen Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition in Russland zu bekunden und diese aktiv zu unterstützen, die darauf hinarbeiten, Russland in eine offene Gesellschaft zu verwandeln, in der die politischen Rechte, Grundfreiheiten und Menschenrechte geachtet werden, und somit den Bestrebungen des russischen Volkes gerecht zu werden, in einer freien demokratischen und offenen Gesellschaft zu leben und das bleibende Vermächtnis von Alexei Nawalny zu würdigen;
13. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die strategische Kommunikation und die Fähigkeit der EU zu verbessern, die Verbreitung der Ideologie und Propaganda des Putin-Regimes und seiner Unterstützer rechtzeitig anzugehen und zu verhindern; besteht darauf, dass zu diesem Zweck neue russischsprachige Medienkanäle geschaffen und bestehende unterstützt werden;
14. bekräftigt seine Forderung an die diplomatischen Vertretungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Russland, Gerichtsverfahren gegen russische Oppositionelle und deren Haftbedingungen auch künftig genau zu überwachen; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Dissidenten aus Russland, denen politische Verfolgung droht, humanitäre Visa auszustellen und anderweitige Unterstützung zu gewähren;

15. betont, dass vor dem Hintergrund der zunehmend repressiven Maßnahmen gegen politische Gegner und der Absicht Russlands, vom 15. bis 17. März 2024 Präsidentschaftswahlen in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine durchzuführen, nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese Wahlen die grundlegenden internationalen Wahlstandards erfüllen, und dass daher die Ergebnisse dieser rechtswidrigen, manipulierten und unfairen Wahlen ohne pluralistischen Wettbewerb nicht anerkannt werden;
16. fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte globale Partner auf, ihre politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die Ukraine zu verstärken; begrüßt das jüngste 13. Sanktionspaket, das vom Rat angenommen wurde, und fordert weitere abschreckende Maßnahmen, um Russland von weiterer Aggression abzuhalten, wie etwa die Ausweitung der Sanktionslisten der EU, einschließlich der Magnitski-Sanktionsliste, unter Berücksichtigung der 6 000 Personen, die auf der von Alexei Nawalnys Stiftung für Korruptionsbekämpfung veröffentlichten Liste aufgeführt sind; fordert, dass die eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank eingezogen und der Ukraine-Fazilität zugeführt werden;
17. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in der Russischen Föderation weiter zu unterstützen, sich für die Umwandlung der Untersuchung der Menschenrechtslage in der Russischen Föderation durch das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in einen völlig unabhängigen Untersuchungsmechanismus einzusetzen, das Mandat der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in der Russischen Föderation aufrechtzuerhalten und die Rechenschaftspflicht im Rahmen der extraterritorialen und universellen Gerichtsbarkeit weiter zu stärken;
18. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Mitgliedstaaten, dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und den Staatsorganen Russlands zu übermitteln sowie diese EntschlieÙung in russischer Sprache verfügbar zu machen.